

Verordnung

Inkrafttreten:

01.01.2007

vom 5. Dezember 2006

zur Änderung des Beschlusses über die Verkehrserziehung in der Schule

Der Staatsrat des Kantons Freiburg

in Erwägung:

In seiner Sitzung vom 12. Juli 2006 hat der Staatsrat das Mandat des Amts für Strassenverkehr und Schifffahrt auf die Verkehrserziehung der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II erweitert. Deshalb muss der Beschluss vom 24. August 1993 über die Verkehrserziehung angepasst werden.

Auf Antrag der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport, der Sicherheits- und Justizdirektion sowie der Volkswirtschaftsdirektion,

beschliesst:

Art. 1

Der Beschluss vom 24. August 1993 über die Verkehrserziehung in der Schule (SGF 411.0.71) wird wie folgt geändert:

Art. 4 Abs. 2, Einleitungssatz

² Sie [*die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport*] bestimmt, nachdem sie die Kantonspolizei und das Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt angehört hat, für die ihr angegliederten Schulen:

...

Art. 5, Einleitungssatz

Den Ausdruck «der Kantonspolizei und» streichen.

Art. 6 Bst. b

[Die Kantonspolizei, die zu diesem Zweck über eine Abteilung für Verkehrserziehung verfügt, hat folgende Aufgaben:]

- b) Sie erteilt im Rahmen ihrer Verfügbarkeit und auf Verlangen der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport den Schülern der Orientierungsschule Lektionen in Verkehrserziehung.

Art. 7 d) Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt

Das Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt erteilt auf Verlangen des Amtes für Berufsbildung Informationskurse und berät die Schüler der Sekundarstufe II und der Berufsschulen.

Art. 8 Abs. 1 und 2 Bst. c^{bis} (neu)

¹ Es wird eine Kommission für Verkehrserziehung eingesetzt, die sich aus elf Mitgliedern zusammensetzt; diese werden vom Staatsrat ernannt.

[² Der Kommission für Verkehrserziehung gehören an:]

c^{bis}) eine Vertreterin oder ein Vertreter der Konferenz der Rektoren und Direktoren der Schulen der Sekundarstufe II;

Art. 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

Der Präsident:

Cl. GRANDJEAN

Die Kanzlerin:

D. GAGNAUX